Kreiszeitung Wochenblatt Nord Heide vom 23.01.2019, Seite 16

„Politik wurde übergangen“

Ganztagsschule: Ausschuss kritisiert „Alleingänge“ der Samtgemeinde / Zustimmung zum Konzept

mi. Hollenstedt. Die offene Ganztagsschule an den Grundschulen Glockenbergschule Hollenstedt und Grundschule Moisburg soll in Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) fortgesetzt werden - sofern der Haushalt es zulässt. Zu dieser Empfehlung rang sich jetzt der Schulausschuss der Samtgemeinde Hollenstedt durch. Vorausgegangen war eine Debatte, die mal wieder im Wesentlichen von einem Schlagabtausch zwischen Verwaltung und Politik gekennzeichnet war.

Im Vorfeld des Ausschusses war herausgekommen, dass für die Finanzierung der Ganztagsschule die Mittel des Landes Niedersachsen - entgegen vorheriger Signale aus der Verwaltung - doch auskömmlich seien. Hintergrund: Vorher war man in der Politik immer davon ausgegangen, dass der Landesanteil an Lehrerstunden nicht ausreichend sei, um eine Betreuung sicherzustellen. Die Samtgemeinde hat deswegen einen Vertrag mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) abgeschlossen. Im Ausschuss stellte sich jetzt die Frage, ob dieser Vertrag und die entstehenden Mehrkosten von derzeit 8.000 Euro jährlich überhaupt notwendig sind. Denn die Ganztagsschule wäre als abgespeckte Version auch ohne die Zusatzkosten möglich. Das bedeutet allerdings, wie Schulleiterin Sandra Pankow-Waller verdeutlichte, ein Minus bei der Betreuungsqualität. Die Hausaufgabenbetreuung, jetzt in Zehner-Gruppen organisiert, sei dann zum Beispiel nur noch in 20er-Gruppen möglich. Auch sei fraglich, ob bestimmte Förderangebote aufrecht erhalten werden könnten. „Sie müssen halt wissen, was sie wollen: eine Ganztagsschule mit pädagogischem Anspruch mit kleinen Gruppen und Förderangeboten ist nur über den Zuschuss möglich“, erklärte dazu Pankow-Waller.

An der Glockenbergschule wird das Ganztagsangebot gut angenommen Foto: tw

In der Politik zeigte man sich verärgert und fühlte sich übergangen. Es sei aus den von der Verwaltung bereitgestellten Vorlagen nicht ersichtlich gewesen, dass die Ganztagsschule auch ohne Zuschüsse zu finanzieren sei. „Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung sondern der Politik, zu bestimmen, inwieweit die Ganztagsschule besser auszustatten ist, als es mit Mitteln des Landes möglich ist“, kritisierte Christiane Melbeck (Grüne). Die Informationspolitik der Samtgemeindeverwaltung sei einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung nicht gerade förderlich. Jürgen Böhme (CDU) berichtete, er habe gehört, Samtgemeinde-Bürgermeister Heiner Albers kolportiere in der Elternschaft, dass die Politik die Ganztagsschule kaputtmachen wolle. Böhme stellte klar: „Das ist nicht so. Wir wollen aber den Daumen auf den Kosten haben und wenn die Politik entscheidet, dass nicht alles, was im Wunschkonzept von Frau Pankow-Waller und der Samtgemeinde steht, umgesetzt wird, dann geschieht das nicht, weil wir die Ganztagsschule kaputtmachen wollen, sondern weil wir den Haushalt im Blick haben.“ Der so angegriffene Samtgemeinde-Bürgermeister stellte klar, dass die Vorwürfe aus der Luft gegriffen seien. Die Kosten der Ganztagsschule seien außerdem in den Vorlagen deutlich ersichtlich.

Letztlich stimmte die der Ausschuss für die Ganztagsschule mit Zuschuss.